



ZENTRALVERBAND  
DEUTSCHES  
BAUGEWERBE ZDB

## Presseinformation

**Statement von Wolfgang Schubert-Raab, Präsident Zentralverband Deutsches Baugewerbe,**

- zur Baukonjunktur 2023/2024 und
- zur aktuellen Herbstumfrage des Deutschen Baugewerbes.

### Baukonjunktur 2023 / 2024: Zwischen Fachkräftemangel und Kurzarbeit

#### Gesamtentwicklung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich mit Blick auf die aktuelle Situation um den Bundeshaushalt eines voranstellen: Nichts schadet einer Investitionsbranche wie der Bauwirtschaft mehr als unklare oder sich laufend ändernde politische Rahmenbedingungen. Die Unsicherheit über die Budgetierung der Haushaltsmittel in 2024 beim Bau- und Verkehrsministerium aber auch bei den Sanierungsmitteln, die vom Wirtschaftsministerium verantwortet werden, erinnert fatal an die Situation der fortlaufenden Stopps und der Änderung von Förderbedingungen im Gebäudebereich in 2022- deren Auswirkungen wir heute noch spüren.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, bis zum Jahresende wieder Planungssicherheit herzustellen und die bis dato geplante Budgetierung von baurelevanten Mittel für den Wohnungsbau, die Infrastruktur und die Klima- und Energiewende in den genannten Ressorts in 2024 abzusichern. Um es klar zu sagen: Wir haben uns beim Beschäftigtenaufbau in der Bauwirtschaft in den letzten Jahren von den Zusagen über stabile Rahmenbedingungen leiten lassen<sup>1</sup>. Bezahlbarer Wohnungsbau, die Transformation der Mobilität und der Energieversorgung- diese Herausforderungen sind geblieben. Sie lassen sich auch nicht wegsparen. Wir brauchen schnell grünes Licht für Investitionen.

Und wir wünschen uns grundsätzlich bei der Maßnahmengestaltung mehr Pragmatismus, Wirtschaftsnähe und weniger politische Lehre. Dafür müssen aber z.B. die Klimaschutzziele so gesteckt sein, dass sie ökonomisch sinnvoll und sozialverträglich sind. Die Maßnahmen müssen wohl durchdacht, geplant und kommuniziert werden. Überstürztes Handeln ist kontraproduktiv. Es zündet keinen Turbo. Es führt zu Attentismus und Vertrauensverlust.

Es muss auch nicht alles im Klein-Klein den Bauherren, Architekten und Planern vorgeschrieben werden, z.B. im GEG und anderen Klimaschutzvorschriften. Die Politik soll die Ziele formulieren, aber die Wege dorthin der Wirtschaft überlassen, damit Ingenieure, Architekten und Bauleute mit ihrem Know-How und Kreativität den besten Weg zum Ziel finden können. Wenn die Unternehmen weiter

---

<sup>1</sup> Anmerkung: Im Verkehrsministerium gut 22 Mrd. Euro für die Verkehrsträger, im Bauministerium 3 Mrd. Euro für die soziale Wohnraumförderung, knapp 800 Mio. Euro für die Städtebauförderung, gut 90 Mio. Euro für den altersgerechten Umbau. Dazu kommen die Neubaumittel im KTF über 100 Mio. Euro und 18,8 Mrd. Euro für die energetische Sanierung.

derart in die Fesseln von Bürokratie und Vorschriften gelegt werden, verlieren sie die Kraft, die den Wirtschaftsstandort Deutschland viele Jahre erfolgreich vorangebracht hat.

Insgesamt brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die für vernünftige Rahmenbedingungen sorgt. Dazu gehören auch konkurrenzfähige Steuern, eine Abgabenlast von maximal 40% und wettbewerbsfähige Energiepreise.

Das war mir wichtig. -Ich komme nun zur Konjunktorentwicklung in der Bauwirtschaft.

Vor einem Jahr haben wir prognostiziert, dass der Giftmix aus stark gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten einen deutlichen Nachfrageeinbruch bei den Bauleistungen 2023 auslösen wird. Dies hat sich insgesamt bewahrheitet. Wir sehen das im Hochbau und hier insbesondere im Wohnungsbau.

Der Giftmix wirkt leider weiter:

Die **Einkaufspreise für Baumaterial** halten insgesamt ein historisch hohes Niveau.

Vergleicht man die Jahresmittelwerte der Erzeugerpreisindizes von 2020 mit den laufenden Mittelwerten von 2023 so liegen beispielsweise die Indizes für Einkaufspreise für Mineralölzeugnisse per September 2023 um ca. 60% über dem Jahresdurchschnitt von 2020, dabei Bitumen um fast 75%. Dämmstoffe aus Styrol liegen um gut 45% über der Basis von 2020, Betonstahl ebenfalls. Zement, ein energieintensiv hergestellter Baustoff, hat um über 60% zugelegt. Auch die Indizes für Holzprodukte liegen noch um gut ein Drittel über dem Niveau von 2020.

Diese Entwicklung hält auch die Preise für Bauleistungen auf hohem Niveau. Betroffen sind alle Bausparten. Da der Straßenbau besonders baumaschinenintensiv ist, drücken hier die Mineralölpreise besonders, im Hochbau sind es Zement, Beton und Baustahl.

Im Jahresverlauf 2023 hat die Preisdynamik für Bauleistungen allerdings erkennbar nachgelassen. So legten die Preisindizes für Bauleistungen im ersten Quartal 2023 noch um fast 16% zu, im zweiten Quartal um 9% und im dritten Quartal um gut 4%, jeweils gegenüber dem Vorjahresquartal. Für 2023 rechnen wir insgesamt mit einer Preisentwicklung für Bauleistungen bei +7% nach +16% in 2022.

Durch den anziehenden Wettbewerb um Aufträge und eine nachlassende Dynamik bei den Einkaufspreisen lässt einerseits der Druck auf die Preisentwicklung von Bauleistungen nach. Dennoch bleibt das Preisniveau im Einkauf hoch und für 2024 schlagen zudem erhöhte Mautgebühren und steigende CO<sub>2</sub>-Aufschläge auf Bauprodukte durch. Unsere Mitgliedsbetriebe erhalten derzeit Preiserhöhungen für 2024 für mineralische Baustoffe und Logistikleistungen. Die im Frühjahr anstehenden Tarifverhandlungen werden ebenfalls den Druck auf die Baupreise hochhalten. Für 2024 rechnen wir insgesamt mit einem Preisrückgang für Bauleistungen um 2 Prozent.

Das **sprunghafte Anziehen der Bauzinsen** hat die Baukonjunktur im Hochbau namentlich im Wohnungsbau schließlich abgewürgt. Mit der Erhöhung von April bis Oktober 2022 von ca. 1 Prozent auf ca. 4 Prozent verlor der Index im Auftragseingang beim Wohnungsbau ca. 40 Index-Punkte. Seither verharrt er auf diesem niedrigen Niveau. Das trifft unsere Mitgliedsunternehmen, die den Wohnungsbau in Deutschland zu rund 85 % stemmen, besonders.

Wir hatten für 2023 eine reale **Umsatzentwicklung** von insgesamt -7% prognostiziert. Nach unseren Hochrechnungen, auf Basis der Daten vom September, rechnen wir nun für 2023 mit einem realen Umsatzrückgang um 5,3% und einem nominalen Plus von 1,4% auf 162,5 Mrd.€.

Für 2024 erwarten wir einen weiteren realen Umsatzrückgang bei 3%. Das Minus rekrutiert sich aus dem Wohnungsbau, der real um 13% einbricht, nach real ca. -11% in 2023. Real können der Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau jeweils um gut 3% zulegen. Nominal erreicht der Umsatz im Bauhauptgewerbe in 2024 gut 154 Mrd. €; (siehe Tabelle).

Mit Blick auf den deutlichen Einbruch der Baukonjunktur und die damit eintretende Unterauslastung der Kapazitäten hatten wir ein Stocken des Kapazitätsaufbaus in 2023 prognostiziert. Nach einem Jahrzehnt des permanenten Zugewinns an **Beschäftigung**, mit einem Plus von 220.000 Beschäftigten, auf 926.000 in 2022, erwarteten wir für 2023 einen leichten Rückgang auf 920.000 Beschäftigte. Mit etwa diesem Wert rechnen wir auch weiterhin.

Für 2024 erwarten wir einen deutlichen Rückgang um ca. 30.000 Beschäftigte mit weiterem Abwärtspotential. Damit fallen wir unter die Marke von 900.000 Beschäftigten. Auch hier schlägt der Einbruch im Wohnungsbau durch. Während insbesondere in den Ausbaubereichen und dem Ingenieur- und Tiefbau weiter Fachkräfte gesucht werden, stellt die Unterauslastung der Kapazitäten im Wohnungsbau die Unternehmen vor große Herausforderungen. Das Bauhauptgewerbe bewegt sich zwischen Fachkräftesuche einerseits und drohender Kurzarbeit und Kündigungen andererseits.

### Entwicklung der baugewerblichen Umsätze im Bauhauptgewerbe - alle Betriebe -

	2022			Hochrechnung 2023 NEU per Sep 2023			Prognose 2024 per Sep 2023		
	Mio.	nom in % z	real in % z	Mio.	nom in % z	real in % z	Mio.	nom in % z	real in % z
	EUR	Vorjahr	Vorjahr	EUR	Vorjahr	Vorjahr	EUR	Vorjahr	Vorjahr
<b>Wohnungsbau</b>	<b>61.304</b>	<b>10,7%</b>	<b>-4,7%</b>	<b>58.700</b>	<b>-4,3%</b>	<b>-10,6%</b>	<b>49.900</b>	<b>-15,0%</b>	<b>-13,3%</b>
<b>Wirtschaftsbau</b>	<b>56.941</b>	<b>11,7%</b>	<b>-4,4%</b>	<b>59.600</b>	<b>4,7%</b>	<b>-2,0%</b>	<b>60.000</b>	<b>0,7%</b>	<b>2,7%</b>
<b>Hochbau</b>	32.218	11,2%	-5,4%	32.100	-0,2%	-6,8%	31.100	-3,0%	-1,0%
<b>Tiefbau</b>	24.723	12,5%	-3,8%	27.500	11,4%	4,1%	28.900	5,0%	7,1%
<b>Öffentlicher Bau</b>	<b>42.049</b>	<b>9,3%</b>	<b>-6,2%</b>	<b>44.200</b>	<b>5,1%</b>	<b>-1,8%</b>	<b>44.500</b>	<b>0,7%</b>	<b>2,7%</b>
<b>Hochbau</b>	8.320	8,1%	-7,9%	9.200	10,9%	3,7%	9.500	3,0%	5,1%
<b>Tiefbau</b>	33.728	9,7%	-5,7%	35.000	3,7%	-3,1%	35.000	0,0%	2,0%
<b>Zusammen</b>	<b>160.294</b>	<b>10,7%</b>	<b>-5,1%</b>	<b>162.500</b>	<b>1,4%</b>	<b>-5,3%</b>	<b>154.400</b>	<b>-5,0%</b>	<b>-3,0%</b>
<b>Beschäftigte</b>	<b>926.660</b>	<b>1,7%</b>		<b>920.000</b>	<b>-0,7%</b>		<b>890.000</b>	<b>-3,2%</b>	

Tabelle: Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung bis 2023/2024

#### Zur Entwicklung in den Bausparten:

##### Wohnungsbau

Der **Wohnungsbau** verzeichnet seit anderthalb Jahren einen permanenten Auftragsrückgang. Von Januar bis September 2023 wurden für knapp 196.000 WE *Baugenehmigungen* erteilt, das waren 76.400 WE weniger als im Vorjahreszeitraum. Bei Fortsetzung dieses Trends – und Anzeichen für eine Trendwende gibt es nicht - werden es auf das Jahr 2023 gerechnet 100.000 WE weniger sein. Davon entfallen auf den Bereich der Mehrfamilienhäuser ca. 52.000 WE; (-27%) und auf den Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser gut 43.000 WE; (-41%); [Rest Wohnheime, Nichtwohngebäude und Umbau].

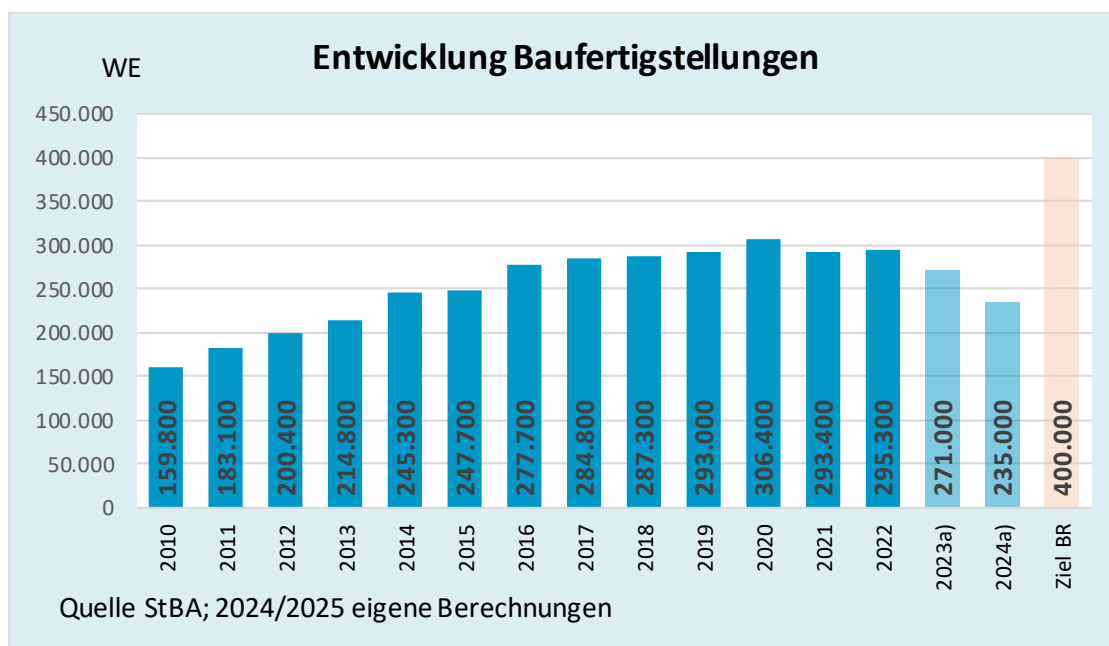
Die *Auftragseingänge* zeichnen diesen Trend nach. Sie liegen real um ca. 24% unter dem Vorjahresniveau. Die Polster im *Auftragsbestand* sind weitgehend aufgebraucht. Die Reichweite der Aufträge liegt nach unserer aktuellen Verbandsumfrage noch bei 12 Wochen, im Vorjahr lag sie noch bei gut 17 Wochen.

Für 2023 rechnen wir mit der Fertigstellung von 271.000 WE nach ca. 295.300 WE in 2022. Für 2024 erwarten wir nach derzeitigen Investitionsbedingungen nur noch die Fertigstellung von 235.000 WE, (siehe Bild).

Dies ist eine Entwicklung die vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar war. Sie konterkariert auch das im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbarte Ziel, pro Jahr 400.000 WE zu errichten. Die Zielmarke ist auch richtig, denn der Bedarf ist unstrittig gegeben. Das beim Kanzlertreffen von der Bundesregierung verabschiedete 14-Maßnahme-Paket zur Stützung des Wohnungsbaus unterstützen wir daher umfassend.

Wir begrüßen ausdrücklich die schnelle Umsetzung der Maßnahmenpunkte:

- Verzicht auf den EH 40-Neubaustandard ab 2025 und die Ablehnung einer Sanierungspflicht (EPBD)
- Erhöhung der Einkommensgrenzen und der Kreditbeträge bei der Wohneigentumsförderung



Leider hängen im Wachstums-Chancen-Gesetz geplante Maßnahmen, wie die degressive Afa von 6% für den Mietwohnungsbau und die erhöhte steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen nun im Vermittlungsausschuss fest, weil die Länder und Kommunen die Finanzierungsbeteiligung nicht stemmen können.

Im Ergebnis müssen wir deswegen feststellen, dass keine Trendwende bei der Nachfrage im Wohnungsbau erkennbar ist! Auch hier ein klares Wort:

Ohne eine Zinsstützung auch beim EH 55 Standard wird die Luft im Wohnungsbau immer enger und werden Baufirmen Beschäftigte verlieren! Wir brauchen die schnelle komplette Umsetzung des 14-Maßnahme-Paketes und ein Zinsstützungsprogramm beim EH 55 Standard. Dabei müssen auch die Selbstnutzer berücksichtigt werden. Sie beantragen nahezu zwei Drittel der Baugenehmigungen.

Für 2023 rechnen wir mit einem Umsatz im Wohnungsbau bei 58,7 Mrd. Euro. Dies entspricht nominal einem Rückgang um gut 4%, real um knapp 11%. In 2024 erwarten wir den Umsatz noch bei knapp 50 Mrd. €, nominal ein Rückgang um 15%, real um gut 13%.

## Wirtschaftsbau

Im **Wirtschaftsbau** sehen wir eine zweigeteilte Entwicklung.

Im *Wirtschaftshochbau* schlägt sich die konjunkturelle Stagnation in Deutschland erkennbar nieder. Auch hier bremsen die Zinsentwicklung und die Energiepreisentwicklung die Investitionsneigung für Bauten ein. Per September stehen die Neubau-Genehmigungen für Büro- und Verwaltungsgebäude, bemessen nach Baukosten, nominal mit 12% im Minus. Lagergebäude konnten ihre Rallye der Vorjahre nicht weiter fortsetzen; (-22%). Handelsgebäude; (-10%) und Hotel und Gastronomie; (-45%) erholen sich nach der Corona-Pandemie immer noch nicht. Einzig Fabrikgebäude schließen mit einem positiven Saldo; (+10%). Für Neu- und Umbaumaßnahmen in Wirtschaftsbauten fehlen zum Vorjahr nominal Genehmigungen über insgesamt ca. 3 Mrd. Euro; (-10%).

Der Orderzugang blieb im Wirtschaftshochbau im Jahresverlauf auch schwach ausgeprägt. Zuletzt haben Großprojekte das kumulative Ergebnis zwar noch etwas aufge bessert, per Saldo sind es aber immer noch allein nominal ca. 3% weniger Aufträge als im Vorjahr. Der Auftragsbestand und seine Reichweite haben zudem per September gegenüber dem Vorjahr abgenommen.

Anders der *Wirtschaftstiefbau*: Hier hat es im gesamten Jahresverlauf deutliche Investitionsimpulse gegeben. Hier kommen Projekte der Mobilitätswende aber auch der Energiewende an den Markt. So sind in den letzten Monaten Großprojekte im Öffentlichen Nahverkehr aber auch für den Stromtrassenausbau in Auftrag gegangen. Und schließlich investiert auch die Deutsche Bahn weiter in ihr Schienennetz. Die Order im Wirtschaftstiefbau stehen kumulativ per September nominal um fast 30% im Plus.

Für 2023 rechnen wir im Wirtschaftshochbau mit einem Umsatz auf Vorjahresniveau bei gut 32 Mrd. Euro. Für den Wirtschaftstiefbau rechnen wir mit 27,5 Mrd. Euro. Damit erreicht der Wirtschaftsbau in 2023 einen Umsatz von ca. 59,6 Mrd. Euro, nominal ein Zuwachs um knapp 5%, real ein Rückgang um 2%.

Für 2024 erwarten wir im Wirtschaftsbau einen Umsatz von ca. 60 Mrd. Euro, nominal ein Zuwachs um knapp 1%, real um knapp 3%. Die positive Entwicklung wird vom Tiefbau getragen, der fast 29 Mrd. Euro erreicht; nominal +5%. Im Wirtschaftshochbau werden gut 31 Mrd. Euro umgesetzt werden; nominal -3%.

Die Mobilitäts- und Energiewende verschafft dem Wirtschaftstiefbau deutliche Anteilszugewinne beim Umsatz. Lag sein Anteil am Umsatz im Wirtschaftsbau vor 10 Jahren noch bei 37%, so erreicht er 2024 voraussichtlich nahezu die Hälfte des Umsatzes. Eine Stabilisierung dieses Anteils ist zu erwarten, da der Umbau der Energiebasis aber auch bei der Mobilität nachhaltig betrieben wird.

## Öffentlicher Bau

Auch im **öffentlichen Bau** zeigte sich im Jahresverlauf 2023 bei der Orderentwicklung ein ambivalentes Bild. Im Hochbau gab es seit dem Sommer einige Impulse, zuletzt auch gepusht durch Großprojekte. Dies hat hier auch zu einem erkennbaren Zuwachs der Auftragsbestände geführt, die zum Ende des dritten Quartals um nominal 1 Mrd. Euro höher ausfallen als vor Jahresfrist; (+21,5%). In den anteilig umsatzstarken Tiefbausparten blieben die Impulse insgesamt eher flach und real unterhalb des Vorjahresniveaus.

Für 2023 rechnen wir im öffentlichen Hochbau mit einem Umsatz bei gut 9 Mrd. Euro, nominal ein Plus um 11%. Für den öffentlichen Tiefbau rechnen wir mit 35 Mrd. Euro, nominal ein Zuwachs um knapp 4%. Damit erreicht der öffentliche Bau in 2023 gut 44 Mrd. Euro, nominal ein Zuwachs um ca. 5%, real ein Rückgang um 2%.

Für die Umsatzprognose 2024 gehen wir davon aus, dass die Investitionslinien für die Infrastruktur im Bereich Straße und Wasserstraße wie in der Haushaltsplanung 2024 bisher veranschlagt bei ca. 10 Mrd. liegen. Dies entspricht einem nominalen Zuwachs um gut 3%. Gleichzeitig sehen wir nicht, dass die investiven Handlungsspielräume der Länder und Kommunen erkennbar wachsen. Zuletzt hat das Ringen um das Wachstumschancengesetz das deutlich illustriert. Nach dem aktuellen Kommunalpanel 2023 beziffern die Kommunen ihren bestehenden Investitionsrückstau auf 165,6 Mrd. Euro; nach 159,4 Mrd. Euro im Jahr 2022 und rechnen mit einem weiteren Anstieg des Investitionsstaus in den kommenden 5 Jahren.

Im öffentlichen Tiefbau rechnen wir in 2024 mit einem Umsatz auf dem Niveau von 2023, bei 35 Mrd. Euro, im Hochbau mit einem nominalen Zuwachs um 3% auf 9,5 Mrd. Euro. Demnach würde der Umsatz im öffentlichen Bau in 2024 ca. 44,5 Mrd. € erreichen, nominal ein Zuwachs um 1%, real um 3%.

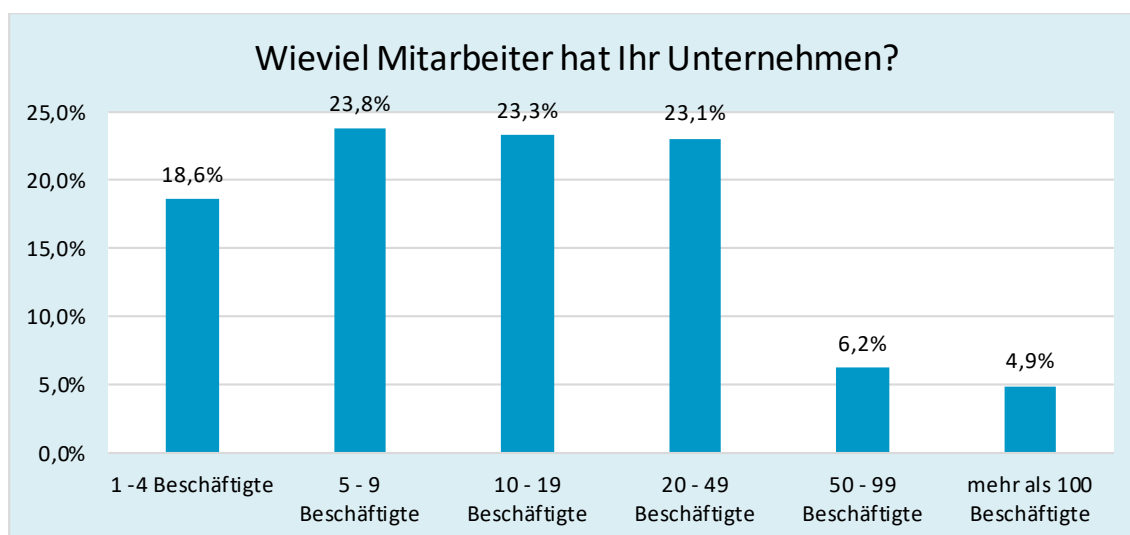
### **Wie schauen unsere Mitgliedsunternehmen auf ihre derzeitige Lage, was erwarten sie für 2024?**

#### **Ergebnisse der Herbstumfrage**

An der Herbstumfrage des ZDB haben sich fast 1.700 Unternehmen beteiligt. Die Struktur der teilnehmenden Unternehmen der Umfrage und die Verteilung ihrer Geschäftsfelder hat sich kaum gegenüber vorherigen Umfragen verändert. Da auch die Fragenstruktur erhalten geblieben ist, können die Ergebnisse mit vorherigen Umfrageergebnissen verglichen werden.

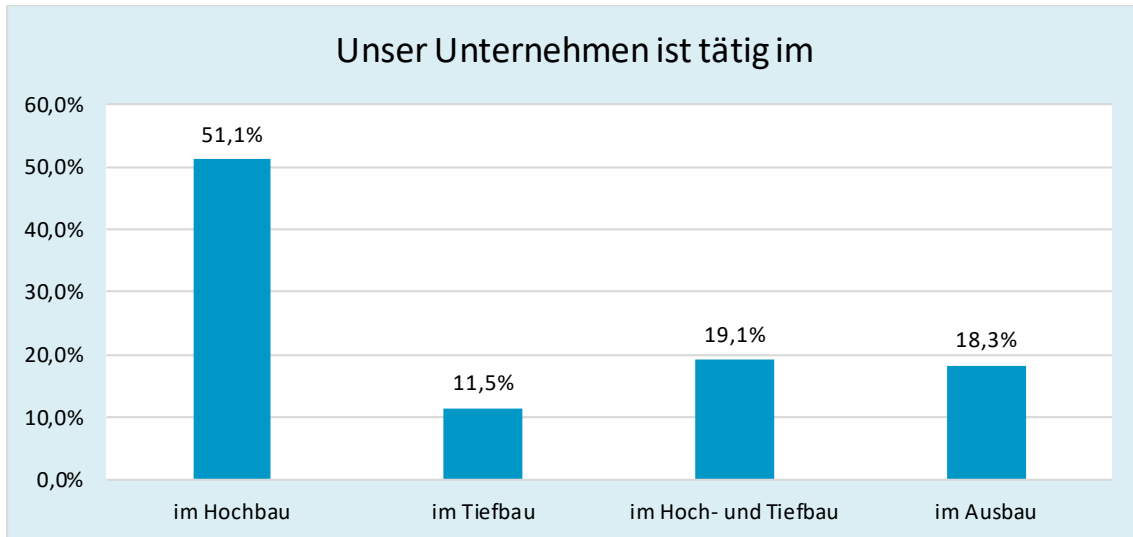
#### **Struktur der Umfrage und der teilnehmenden Unternehmen**

##### **Frage 2: Wieviel Mitarbeiter hat Ihr Unternehmen?**



Etwa zwei Drittel der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen haben weniger als 20 Beschäftigte, etwa ein Drittel haben 20 und mehr Beschäftigte. Die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten sind damit gegenüber der Grundgesamtheit der Bauunternehmen im Bauhauptgewerbe in Deutschland etwas überrepräsentiert. Im Bauhauptgewerbe in Deutschland haben ca. 90 % der Betriebe weniger als 20 Beschäftigte

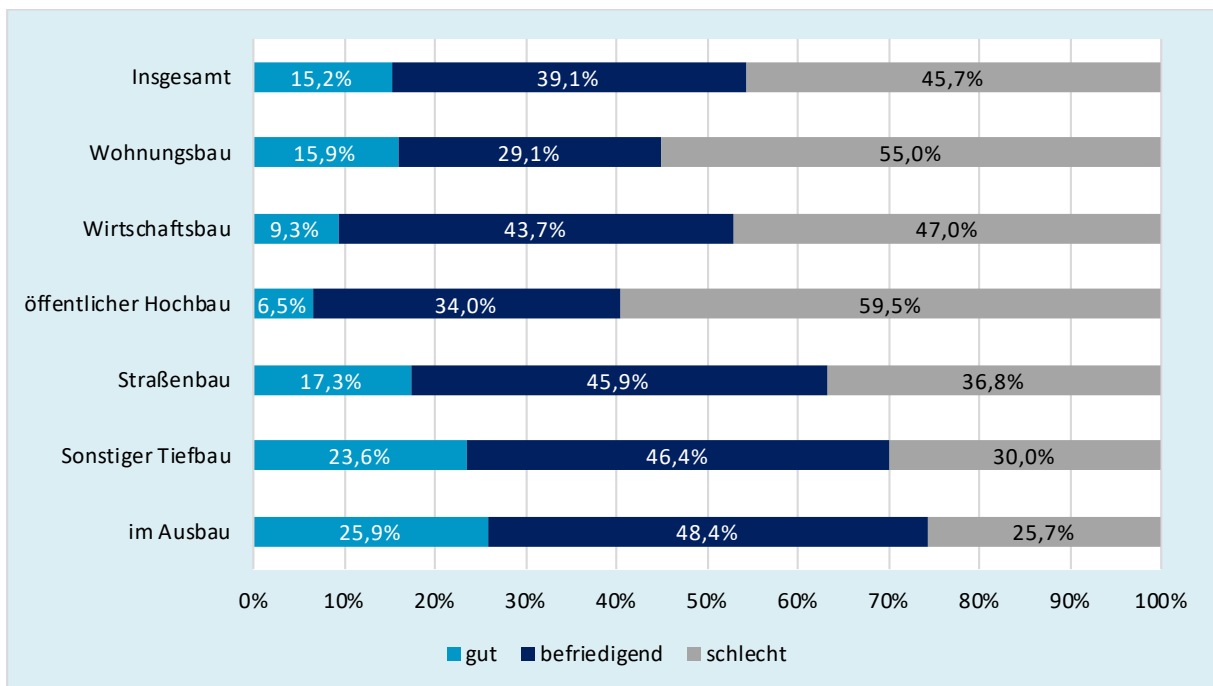
**Frage 3: In welchem Geschäftsfeld ist Ihr Unternehmen tätig?**



Gut die Hälfte der Unternehmen ist schwerpunktmäßig im Hochbau tätig, nahezu 20 % im Hoch- und Tiefbau, ca. 12 % im Tiefbau. Dem Ausbau rechnen sich knapp 20 % der Teilnehmer zu. Gut 40 % der Unternehmen erwirtschaften ihre Umsätze ganz überwiegend im Neubau, etwa 30 % überwiegend im Bestand und ebenfalls 30 % sowohl mit Neubau als auch Bestand.

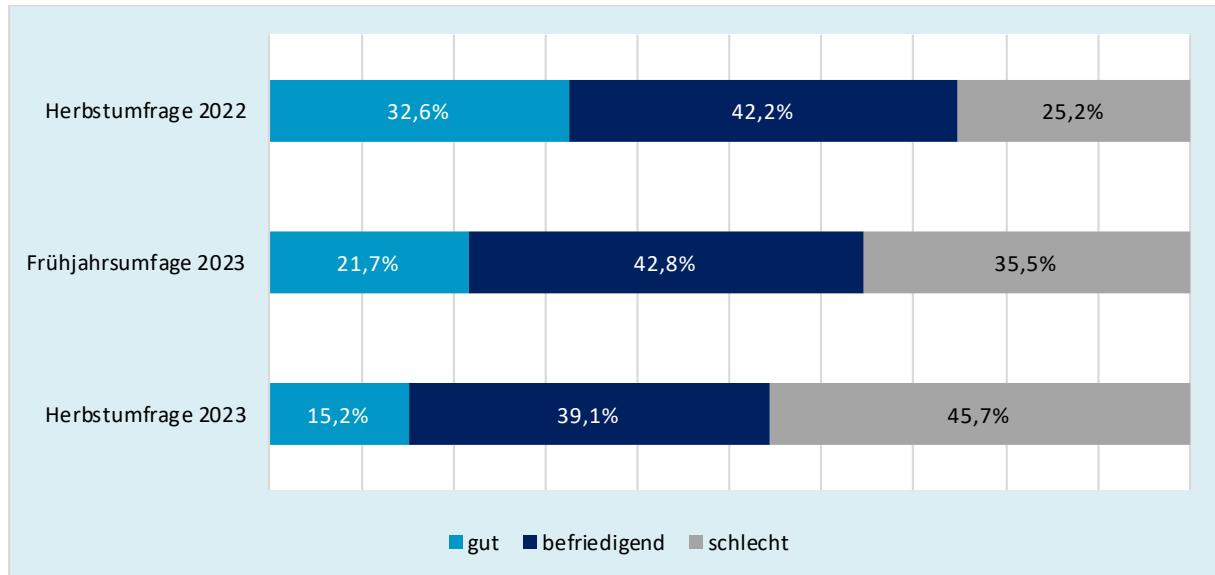
**Beurteilung der Geschäftslage und Geschäftserwartungen**

**Frage 5: Wie beurteilen Sie Ihre gegenwärtige Geschäftslage**



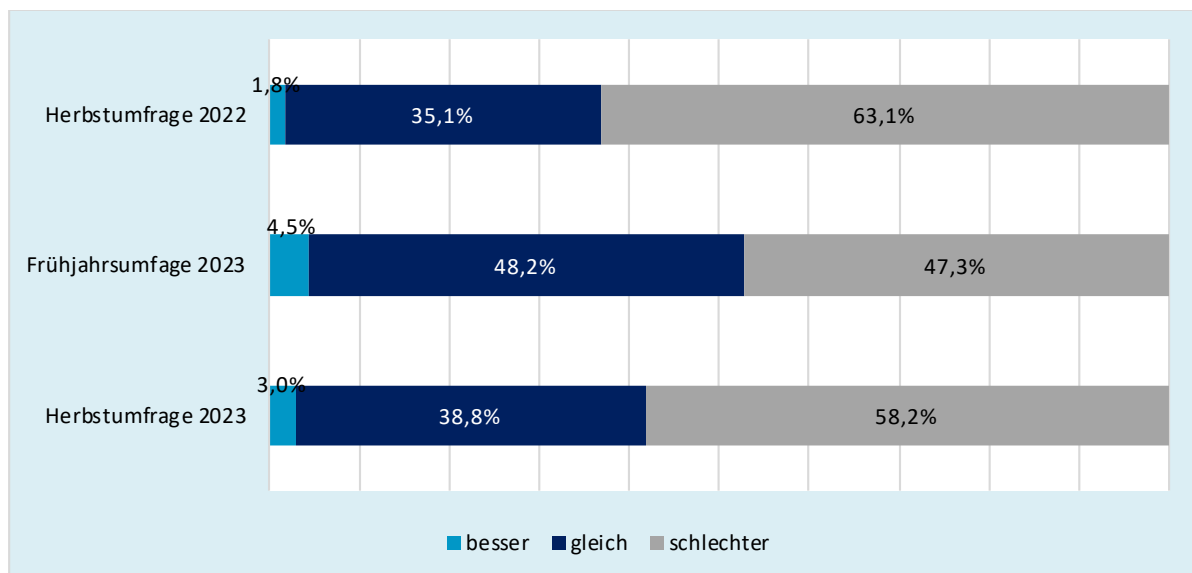
Die teilnehmenden Unternehmen beurteilen ihre Geschäftslage und Erwartungen an die Geschäftsentwicklung spartenabhängig unterschiedlich. Im Wohnungsbau tätige Unternehmen beurteilen Lage und Erwartungen deutlich schlechter als Unternehmen im Tiefbau und auch im Ausbau. Während im Wohnungsbau nur noch 45% der Unternehmen eine gute oder zumindest befriedigende Lagebeurteilung abgeben, sind es im Tiefbau 70% und im Ausbau knapp 75%.

Vergleich zu früheren Umfragen:



Die *Geschäftslage* wird insgesamt deutlich schlechter bewertet als vor einem Jahr oder im Frühjahr 2023. In der aktuellen Umfrage haben insgesamt 45% der Unternehmen eine schlechte Lagebeurteilung abgegeben. Vor Jahresfrist votierten nur 25% der Unternehmen so.

**Frage 6: Welche Erwartungen haben Sie zur Geschäftsentwicklung in den nächsten 6 Monaten**

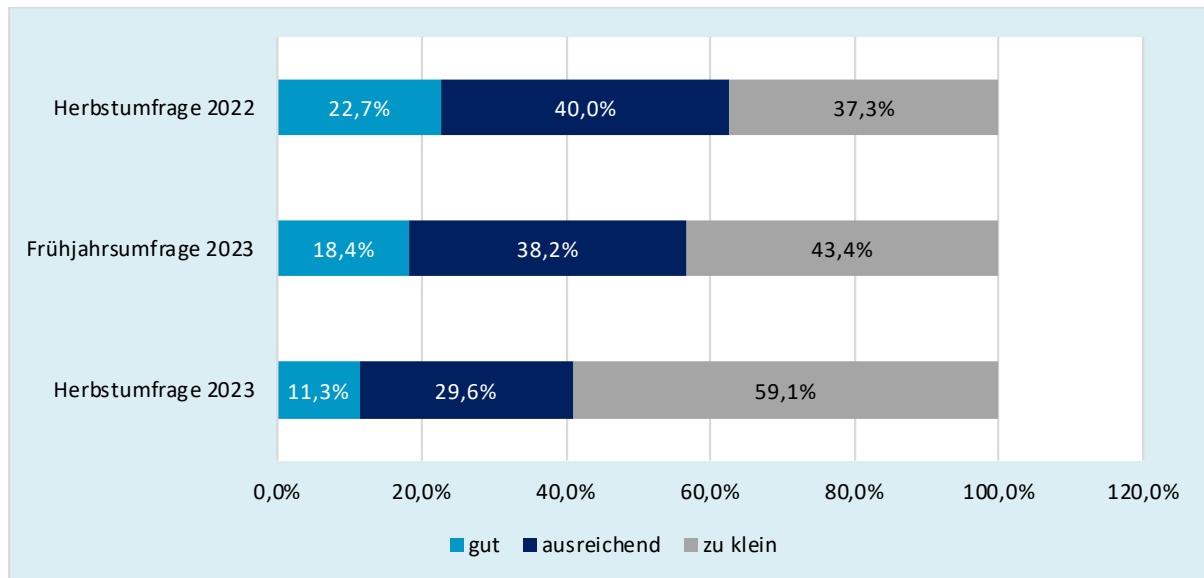


Die *Erwartungen an die Geschäftsentwicklung* in den nächsten 6 Monaten reißen gegenüber der Lage in allen Sparten noch einmal ab. Dies betrifft insbesondere Geschäftserwartungen im Wohnungsbau, dem Stützpfeiler der Baukonjunktur der letzten Jahre. Nur 2,5% der Unternehmen erwarten hier eine bessere Geschäftsentwicklung, aber 70% der Unternehmen gehen von einer Verschlechterung der Geschäftsentwicklung aus. Über alle Sparten erwarten knapp 60% eine schlechtere Entwicklung in den kommenden 6 Monaten.



## Nachfragesituation

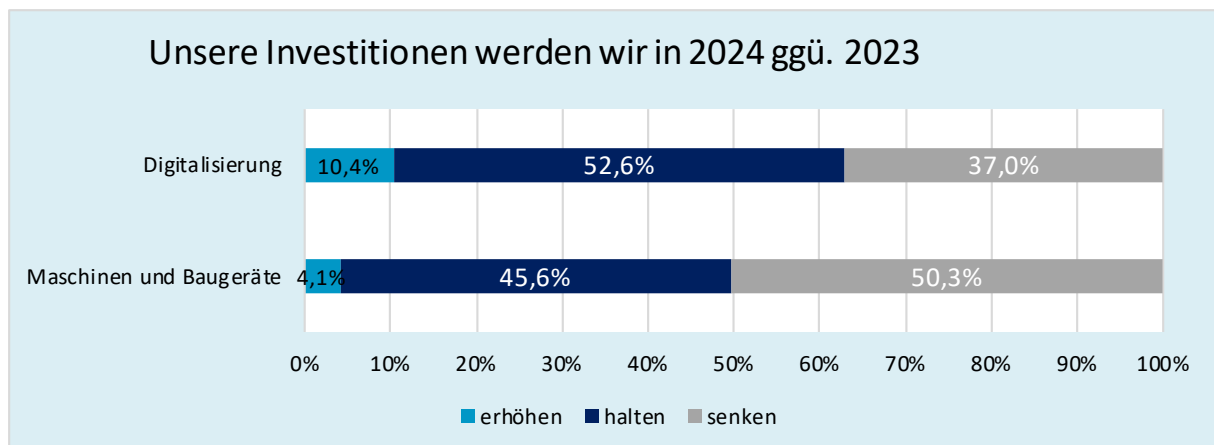
### Frage 7: Wie beurteilen Sie Ihre Auftragsbestände



Maßgeblich wird das Konjunkturbild durch die Auftragslage gezeichnet. Die *Auftragsbestände* sind in den Hochbaubereichen deutlich abgebaut worden. Ob beim Wohnungsbau (63%), im Wirtschaftsbau (64%) oder öffentlichen Hochbau (75) berichten jeweils mehr als die Hälfte der Unternehmen von zu kleinen Auftragsbeständen. Das schlägt durch auf die Gesamtbeurteilung der Bestände. Knapp 60% aller Unternehmen sehen zu kleine Auftragsbestände.

## Investitionsneigung

### Frage 18: Wie werden sich Ihre Investitionen in 2024 gegenüber 2023 entwickeln?



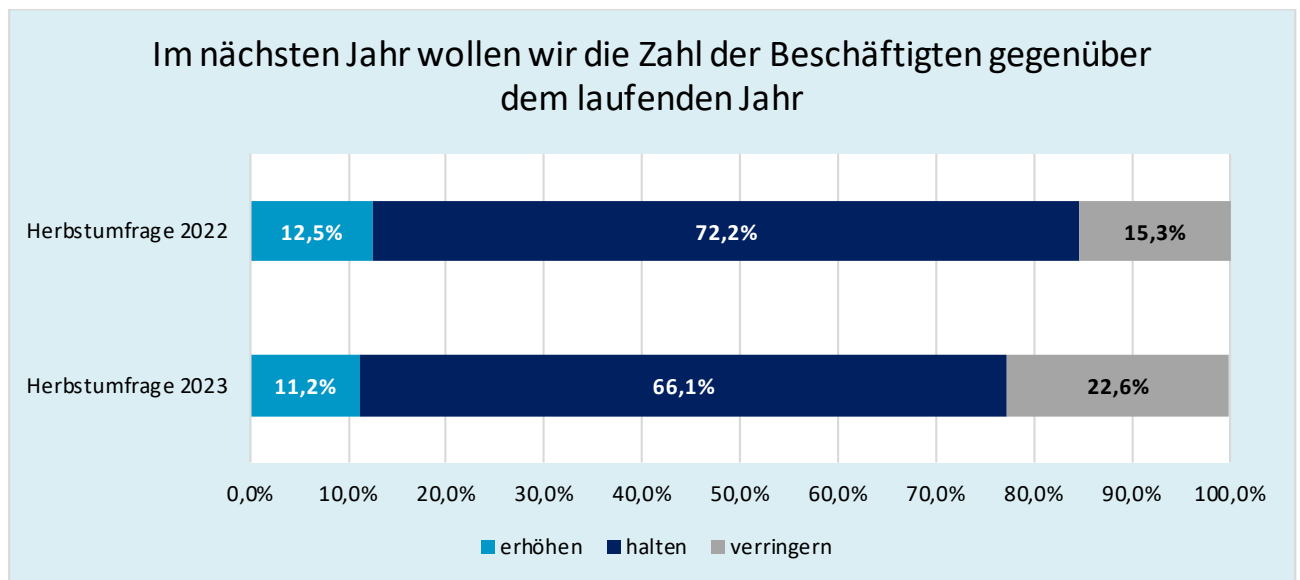
Die trüben Aussichten auf die Geschäftsentwicklung schlagen auf die *Investitionsneigung* und die *Beschäftigtenabsichten* durch.

Angesichts der erwarteten rückläufigen Konjunktorentwicklung sieht sich die Hälfte der Unternehmen veranlasst, in 2024 Investitionen in Maschinen und Geräte abzusenken.

Bei der Digitalisierung bleiben die Unternehmen auf Kurs. Etwa zwei Drittel der Unternehmen wollen ihre Budgets hier halten oder ausbauen. Die Digitalisierung ist in der Bauwirtschaft angekommen und unumkehrbar.

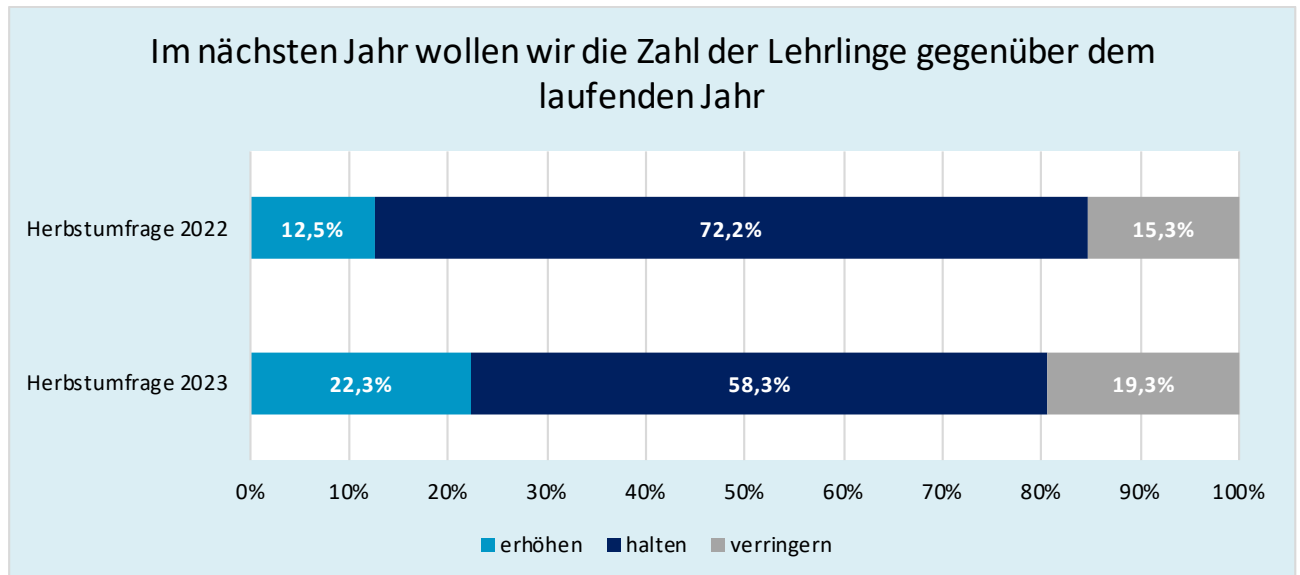
## Beschäftigtenentwicklung

**Frage 13: Wie wird sich die Zahl Ihrer Beschäftigten in 2024 gegenüber 2023 entwickeln?**



Während im Herbst letzten Jahres die Rückmeldung der Unternehmen zur *Beschäftigtenentwicklung* per Saldo nahezu auf „Halten“ stand, kippt der Saldo nun zu „Senken“. In 2024 rechnen 11 % der Unternehmen mit weiteren Einstellungen, ca. 23 % der Unternehmen rechnen mit einem Rückgang.

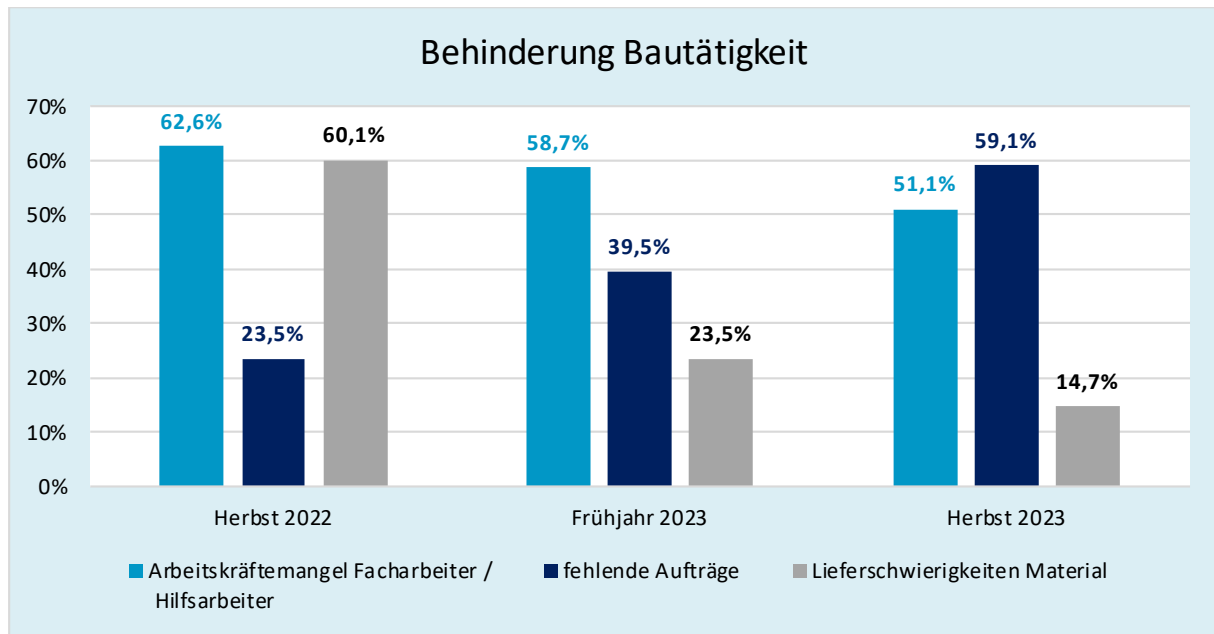
**Frage 15: Wie wird sich die Zahl Ihrer Lehrlinge in 2024 gegenüber 2023 entwickeln?**



Umso erfreulicher ist es, dass die *Bereitschaft, neu Lehrlinge einzustellen*, weiter hoch bleibt. Es sind zwei Faktoren, die die Bauunternehmer an einer hohen Ausbildungsbereitschaft festhalten lassen, - die demografischen Herausforderungen, die die Belegschaften altersbedingt sinken lassen und „erneuert“ werden müssen – einerseits und die potentiell hohen Baubedarfe andererseits. Ob Infrastruktur oder Wohnungsbau, der Neubau- und Sanierungsbedarf ist hoch.

## Baubehinderungsgründe

### Frage 25: Wodurch wird Ihre Bautätigkeit aktuelle behindert?



Unter den aktuellen *Baubehinderungsgründen* gibt es einen markanten Platzwechsel: Mit fast 60%-Nennungen kommen „fehlende Aufträge“ auf Platz „1“. Im Vorjahr votierten hierfür nur 23% der Unternehmen. Das reichte für Platz „6“. Der „Arbeitskräftemangel“ bleibt virulent und folgt mit 51%-Nennungen auf Platz „2“, im Vorjahr mit 63% noch auf Platz „1“. Weitabgeschlagen sind nun „Lieferschwierigkeiten mit Material“ mit nun noch ca. 15% Nennungen. Das reicht noch für Platz „8“, war aber vor einem Jahr mit 60%-Nennungen noch auf Platz „2“.

## Fazit

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Es mangelt nicht an Aufgaben, es mangelt an Aufträgen – insbesondere im Wohnungsbau. Sollte der Einbruch im Wohnungsbau ungebremst weitergehen, stehen uns Insolvenzen und der Verlust von Arbeitsplätzen bevor. Dagegen muss JETZT etwas getan werden. Wir brauchen sofort Investitionsanreize und ab April 2024 Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld, um die Beschäftigung zu sichern.

Meine Damen und Herren,

unsere Gesellschaft steht insgesamt von der Wohnraumfrage über den Infrastrukturausbau bis zur Klima- und Energiewende vor Megaaufgaben. Keine dieser Aufgaben kann ohne einen erheblichen Beitrag der Bauwirtschaft gelöst werden. Und unsere vielen mittelständischen Unternehmen können das. Sie sind nach wie vor leistungsstark. Und jetzt lass ich mal mein Unternehmerherz sprechen: Herausforderungen gehen wir mit aller Kraft an – zusammen mit unserem Herzstück, den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wir bauen Wohnungen. Wir bauen, sanieren und erhalten die Infrastruktur. Wir bauen die Klimawende. Wir bilden aus und geben vielen jungen Menschen, egal ob aus dem In- oder Ausland eine gute Perspektive.

Was wir von der Politik brauchen, um diese Stärke auch in Zukunft ausspielen zu können, sind klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Das müsste doch zu schaffen sein.